



Jahresbericht Afghanistan 2013

Die Regierung Afghanistans hat im Februar 2013 erstmals eingestanden, dass die Folter in den Hafteinrichtungen des Landes weit verbreitet ist. Eine von Präsident Karsai eingesetzte Untersuchungskommission gab bekannt, dass ca. die Hälfte der befragten Gefangenen über Folterungen berichtete. Amnesty International fordert die afghanische Regierung dazu auf, wirksame Schutzmaßnahmen gegen die Folter zu ergreifen und Folteropfer zu entschädigen.

Die Regierung Großbritanniens entschied im Juni 2013, dass Gefangene, die britische Truppen in Afghanistan gemacht haben, wieder afghanischen Sicherheitskräften überstellt werden dürfen. Diese Praxis war eine Zeitlang wegen der Berichte über Folterungen in afghanischen Hafteinrichtungen ausgesetzt worden. Die britischen Truppen stellen ihre Gefangenen seit Juni 2013 vor die Alternative, entweder auf unbestimmte Zeit in britischem Gewahrsam zu bleiben oder afghanischen Sicherheitskräften übergeben zu werden. Die britische Regierung begründet diese Regelung damit, dass die Gefahr der Folter in afghanischen Hafteinrichtungen gebannt sei. Amnesty International kritisiert, dass die Vereinbarung zwischen der britischen und der afghanischen Regierung über die Überstellung von Gefangenen nicht publik gemacht wurde. Solange die Vereinbarung geheim bleibt, gibt es keine nachprüfbare Garantie für die Sicherheit der Gefangenen.